



NEUBRANDENBURG



Stadt der vier Tore am Tollensesee

## STADTVERTRETUNG

Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung

### Niederschrift

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 28.09.2020

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:50 Uhr

#### 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Ratsherr **Schwanke**, eröffnet um 17:00 Uhr die 9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und begrüßt alle Anwesenden.

#### 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsherr **Schwanke** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Anwesenheit von 8 Ausschussmitgliedern fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

#### 3. Beschluss über die Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit am 17.08.2020

Die Niederschrift der 8. Sitzung wird bestätigt: 3 Stimmenthaltungen  
5 Dafürstimmen

**Ratsfrau Kanew** beantragt Rederecht für Herrn Andreas Carls sowie Herrn André Michalk, Anwohner des Stadtteils Broda zu TOP 4 – Informationen, Mitteilungen und Anfragen.

Dem Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

#### 4. Informationen, Mitteilungen und Anfragen

Herr **Füstring**, Beauftragter des Oberbürgermeisters, wertet den ersten bundesweiten Warntag am 10.09.2020 in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg aus. Hier gibt es u. a. kein funktionierendes Sirensystem. Eine Warnung der Bevölkerung ist in Neubrandenburg auch über die digitalen Werbetafeln nicht erfolgt. Die Warn-App NINA hat 30 min später gewarnt.

Eine entsprechende Rückmeldung erfolgte an die Katastrophenschutzbehörde des Landkreises Mecklenburgische-Seenplatte. Mit dem Ergebnis des Warntages und der Auswertung sollen die Warnstrategie für den LK MSE überplant sowie Lücken und Schwachstellen erkannt und abgestellt werden.

Herr **Schmiedel**, Abteilungsleiter Ordnung und Gewerbe, informiert über die Regularien zur Nutzung von Einweg-/Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen des VZN, z. B. Weihnachtsmarkt sowie bei privatrechtlichen Verträgen (mobiler Freizeitpark). Derzeit bedarf die Nutzung von Mehrweggeschirr Corona-bedingt der Erlaubnis durch das Gesundheitsamt. Die teils vorgesehene Mülltrennung auf Veranstaltungen habe bisher nicht funktioniert. Durch sogenannte Fehlwürfe besteht im Nachhinein erhöhter Aufwand.

Per 03.07.2021 soll die „Verordnung über das Verbot des Inverkehrbringens von bestimmten Einwegkunststoffprodukten und von Produkten aus oxo-abbaubarem Kunststoff (Einwegkunststoffverbotsverordnung)“ in Kraft treten. Die Verordnung soll im Herbst dem Bundesrat zur Zustimmung vorgelegt werden. Demgemäß besteht die Möglichkeit, aufgeführte Einwegkunststoffprodukte (z. B. Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen, Getränkebecher etc.) und generell Produkte aus oxo-abbaubarem Kunststoff zu verbieten. Die Zuständigkeit zur Durchsetzung der Einwegkunststoffverbotsverordnung wird voraussichtlich beim Landkreis liegen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** verweist auf die Ausschusssitzung vom 15.06.2020 sowie auf den **Beschluss Nr. 644/36/18** – Verminderung der Kunststoffabfälle in Neubrandenburg und Einführung eines Mehrwegsystems – hin und fragt nach, wann ein verbindliches Konzept für ein Mehrwegsystem erwartet und wie dieses auf öffentlichen Veranstaltungen implementiert werden kann. Die Verwaltung arbeitet an einer konstruktiven Lösung, bestätigt Herr **Schmiedel**. Allerdings gilt es, bei der Vorgabe zur Nutzung von Mehrweggeschirr zu beachten, dass Wasser-/Abwasseranschlüsse notwendig sind. Ggf. notwendige Baumaßnahmen sind mit noch nicht definierten Kosten verbunden.

Für die nächste Sitzung des Ausschusses kündigte Herr Schmiedel den nächsten Sachstand an.

Herr **Diederich**, Leiter Straßenbetriebsdienst des Eigenbetriebes Immobilienmanagements, informiert über das Monitoring zum Müllaufkommen in der Innenstadt (Marktplatz, Turmstraße). Vorhandene Behälter werden täglich geleert, an Wochenenden zweimal täglich. Zusätzliche Behälter dürfen aus stadtgestalterischen Gründen nicht einfach aufgestellt werden, größere Behälter sind kostenintensiver. Auf die Nachfrage von Ratsherrn **Schwanke** bestätigt Herr **Diederich**, dass für die Müllbeseitigung am Strandbad Broda und am Belvedere eine Bereitschaft eingerichtet wurde. So kann auf die Information und Meldung von erhöhtem Müllaufkommen schnell reagiert werden. Ratsherr **Dr. Kirchhefer** verweist auf die Regelung in der Stadt Kiel, wo in dem großen Park der Stadt alle 20 – 30 m eine Mülltonne aufgestellt wurde. Ein zusätzlicher Platz für das Abladen von z. B. Grillasche wird ebenfalls angeboten. Könnte das auch in der Vier-Tore-Stadt funktionieren? Herr **Diederich** weist auf die aktuelle Ausschreibung für die Entleerung der Müllbehälter hin. Zukünftig sollen an bestimmten Standorten außerdem größere Behälter aufgestellt werden. Weiterhin sind die „Müllpressen“ im Einsatz in der Innenstadt. Herr **Vogel**, Abteilungsleiter Grünflächen, Friedhof und Forst, ergänzt, dass Müllbehälter am Strandbad Broda bisher einmal täglich geleert werden. Je nach Veranstaltung gibt es ein erhöhtes Müllaufkommen. Sind Veranstaltungen bekannt, kann durch das Aufstellen von weiteren Behältern mehr Müll aufgenommen und ein Verschmutzen der Umwelt verhindert werden.

Herr **Schmiedel** informiert zur „Allgemeinverfügung zur Ausübung des Gemeingebrauchs und zum Befahren des Tollensesees mit Kleinfahrzeugen“ des Landkreises MSE sowie zur „Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Neubrandenburg für das Verhalten auf dem Tollensee vom 28. November 2017“. In der Verordnung der Stadt ist die Kennzeichnungspflicht für Wasserfahrzeuge geregelt. In Neubrandenburg gibt es eine Wasserschutzpolizeistation, diese ist angegliedert an die Wasserschutzpolizeiinspektion Waren, zuständig für den LK MSE. Verstöße, z. B. Geschwindigkeitsüberschreitungen, fehlende Ausrüstung an Bord, Alkoholsünder etc. werden durch die Wasserschutzpolizei festgestellt und durch die jeweils zuständige Ordnungsbehörde geahndet. Ratsherr **Dr. Kirchhefer** fragt nach, ob konkrete Zahlen vorliegen zur Häufigkeit der Bestreifungen und Geschwindigkeitskontrollen, zur Ahndung etwaiger Verstöße, zum Verstoß des Ankerns im Schilfgürtel des Tollensesees, zur Befahrung des

Naturschutzgebietes und schlägt vor, Benutzer des Gewässers über Informationstafeln, z. B. an Häfen, Slip-Anlagen, Campingplätze etc. zum richtigen Verhalten zu informieren. Herr **Modemann**, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, ergänzt, dass Bootsschuppenbesitzer auch über ihren Verwalter informiert werden können, Wassersportvereine können ihre Mitglieder informieren etc..

Die Beantwortung der Anfragen von Ratsherrn Dr. Kirchhefer erfolgt in der nächsten Sitzung nach Abfrage beim LK MSE und der Wasserschutzpolizeiinspektion bestätigt Herr **Schmiedel**.

Der Vorsitzende, Ratsherr **Schwanke**, berichtet vom Treffen der Anwohner des Stadtteils Broda am 27. September 2020. Hier ging es um die Auswirkungen der „Partyzone“ am Brodaer Strand und Belvedere. Zwei Vertreter hat er in die heutige Ausschusssitzung eingeladen. Herr **Michalk**, Anwohner Broda und Betreiber des Café Broda, stellt die aktuelle Situation als „Ballermann des Nordens“ dar. Allerdings erhielt er von langjährigen Bewohnern des Stadtteils die Bestätigung, dass seit 30 Jahren diese Situation vorherrscht. Folgende Störfaktoren führt Herr Michalk an: u. a. Scherben, Spritzen, Kokaintüten; sehr laute dröhnende Musik, so dass man im Sommer nicht mit offenem Fenster schlafen kann; Flaschen, Müll und Unterwäsche in den Vorgärten; Wildpinkler; Wildparker und Straßenrennen; Vandalismus; Verstöße gegen Corona-Auflagen etc. Besucher der Veranstaltung sind teilweise erst 12 Jahre alt. Seiner Einschätzung nach gab es zwischen 50 bis 300 Personen am Brodaer Strand/Belvedere, im Sommer beinahe täglich. Einsätze der Polizei endeten im Katz-und-Maus-Spiel.

Ratsherr **Schwanke** bestätigt die derzeitige Situation. Hier sieht er u. a. auch eine politische Verantwortung im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit. Für die Saison 2021 wird ein Konzept erwartet, dass sowohl von den Anwohnern als auch von den Jugendlichen akzeptiert wird. Ratsherr **Dr. Northoff** sieht hier auch das Jugendamt und insbesondere die Eltern von minderjährigen Beteiligten in der Pflicht. Mit Mitteln des Ordnungsamtes wird man der Situation nur begrenzt Herr der Lage. Ziel muss es sein, für junge Menschen akzeptable Freizeitaktivitäten zu finden, dies ist eine politische Aufgabe! Angebote für Jugendliche sind notwendig!

Herr **Carls**, Anwohner Broda, weist noch einmal darauf hin, dass die Situation in Broda nicht entspannt ist und im Zweifel bereits über Selbstjustiz nachgedacht wird. Er möchte aus der heutigen Sitzung des Ausschusses gehen mit der Information, wer sind seine Ansprechpartner, was passiert in kommender Zeit, um die Situation für die Bewohner des Stadtteils zu normalisieren. Frau **Hohlfeld**, Sachkundige Einwohnerin, schlägt vor, den Kontakt mit dem Polizeipräsidenten herzustellen. Der Strand Broda und Belvedere könnten als Kontrollort aufgenommen und Streifen in Zivil durchgeführt werden. Ratsherr **Schröder** erläutert, dass für ein mögliches Drogenproblem die Strafverfolgungsbehörden zuständig sind. Der Konsum und die Verbreitung müssen gestoppt und verboten werden. Er bittet aber darum, zu unterscheiden, dass es durchaus auch Jugendliche gibt, die sich am Brodaer Strand und Belvedere ordentlich benehmen!

Ratsherr **Schwanke** schlägt vor, dass sich der Vorstand des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit (Vorsitzender und Stellvertreter) zu einem Termin mit der Behörde verabreden.

Herr **Modemann** ergänzt, dass mit dem Jugendamt des LK MSE bereits ein Termin vereinbart wurde für Mitte Oktober. Es bedarf ggf. Festlegungen, um bestimmte Orte unattraktiv zu machen. Er bittet um die Überlassung der Kontaktdaten von Herrn Michalk oder Herrn Carls als Ansprechpartner.

Herr Modemann, Frau Hohlfeld sowie Herr Michalk und Herr Carls verlassen den Raum zum Austausch der Kontaktdaten um 18:30 Uhr.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** informiert aus dem Fahr-Rat. Dieser wurde vor über zwei Jahren ins Leben gerufen und trifft sich viermal jährlich. Themen der Treffen sind u. a. der ÖPNV, Probleme des Radverkehrs in der Stadt, Zustand der Radwege. Hierzu hat z. B. der ADFC Fotos in die Verwaltung gereicht. Ein Radverkehrskonzept ist in Arbeit. Er schlägt vor, dass sich die Stadt in der AG Fahrradfreundliche Kommunen engagiert. Diese AG arbeitet als Plattform für den Erfahrungsaustausch der Kommunen. Er sieht eine Mitgliedschaft als Vorteil und Bekenntnis der Stadt, fahrradfreundlich zu sein.

Der **Vorsitzende** unterstützt diesen Vorschlag, da dies ebenfalls für die touristische Entwicklung der Vier-Tore-Stadt wichtig ist. Berücksichtigung finden muss dafür allerdings auch der Beitrag einer Mitgliedschaft in Höhe von 2,5 T€ im Haushalt der Stadt für das kommende Haushaltsjahr.

Herr **Schmiedel** informiert darüber, dass die Gefahrenabwehr-Verordnungen der Vier-Tore-Stadt – Stadtverordnung zur Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt Neubrandenburg vom 28. März 2001 sowie die Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Stadt Neubrandenburg von 2007 nach 20 Jahren ihre Gültigkeit verlieren und neu gefasst werden müssen. Er wirbt für eine Zusammenarbeit mit den Fraktionen. Die Verordnungen werden der Niederschrift als Anhang angefügt und auf der kommenden Sitzung des Ausschusses als TOP aufgerufen.

Ratsherr **Schwanke** stellt die Beschlussvorlage BV/VII/0052 – Erhalt und Sicherung des Projektes „CARlbuni – familienbezogener Stadtteiltreff“ der CDU-Fraktion vom 24.09.2020 vor. Ratsherr **Dr. Kirchhefer** fragt nach, was das Besondere an diesem Stadtteiltreff ist, dass er in dieser Höhe gefördert werden sollte. Gibt es ein Konzept zur Sicherung des Stadtteiltreffs?

Ratsherr **Albrecht** und Ratsherr **Dr. Northoff** unterstützen die Vorlage, eine Diskussion in den Fraktionen ist notwendig. Ratsherr **Schröder** weist darauf hin, dass es sich hierbei um freiwillige Leistungen der Vier-Tore-Stadt handelt und im Ausschuss Generationen, Bildung und Sport näher behandelt werden sollte!

Herr **Ramp**, Abteilungsleiter Generationen, Bildung und Sport informiert, dass die Förderung des CARlbuni in die Wohlfahrtspflege fällt. Hier gibt es insgesamt 25 Projekte, die durch die Vier-Tore-Stadt mit insgesamt 130 T€ gefördert werden. Die Förderungen liegen zwischen 1.000 und 9.000 €, die durchschnittliche Förderung 5.000 €. Es gibt seit Jahren einen höheren Bedarf in der Wohlfahrtspflege. Der CARlbuni ist als familienbezogener Stadtteiltreff erhaltenswert. Jährlich werden 4.000 Teilnehmer durch Veranstaltungen des CARlbuni erreicht. Um den Stadtteiltreff zu erhalten, bedarf es weiterer Gespräche mit der Caritas und der Suche nach möglicher Alternativen. Eine mögliche Alternative wurde durch Herrn Ramp vorgestellt und wird im zuständigen Fachausschuss beraten.

Herr Modemann betritt den Sitzungsraum.

## 5. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird entsprechend der Einladung bestätigt.

**Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung:** 7 Dafürstimmen

## 6. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

### TOP 1 INF/VII/0017 Jahresbericht der Berufsfeuerwehr 2019

Herr **Bühning**, Abteilungsleiter Brandschutz und Rettungsdienst, gibt einleitende Informationen zu der Vorlage

**Abstimmung über die Vorlage INF/VII/0017:** Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### TOP 2 BV/VII/0037 1. Änderung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 74.3 „Alte Brauerei“ hier: Aufstellungsbeschluss

Frau **Strasen**, Sachgebietsleiterin Bauleitplanung, gibt einleitende Informationen zu der Vorlage.

**Abstimmung über die Vorlage BV/VII/0037:** 5 Dafürstimmen  
1 Stimmenthaltung  
1 Gegenstimme

**TOP 3      DS VII/273**  
**Kommunales Sicherheitskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**

Herr **Füstring** erläutert einleitend, dass das vorliegende Konzept ein gemeinsames Projekt der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der Polizei (Polizeihauptrevier und Polizeiinspektion Neubrandenburg) sowie des Jugendamtes des Landkreises MSE ist. Sie setzt auf den Kriminalitätsbegriff auf. Die von den Fraktionen DIE LINKE und B90/GRÜNE eingereichten Änderungsanträge wurden in die Sicherheitskonzeption eingearbeitet. Ratsherr **Albrecht** vermisst die Ausgewogenheit in der Konzeption – in welche Richtung wird sie ausgelegt. Entsprechend der Festlegung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit vom 15. Juni 2020 wurden drei Beschlussvorlagen erwartet. Als Beschlussvorlage bestätigt wurde bisher die Verstärkung der Präsenz des Ordnungsamtes im Stadtgebiet. Herr **Modemann** weist darauf hin, dass der präventive Ansatz bisher jugendorientiert war. Der Präventivvorschlag zum Friedländer Tor wurde von den Ratsfrauen und Ratsherren anders verstanden. Auch die pflichtige hoheitliche Aufgabe des Ordnungsamtes zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hat präventiven Charakter. Dies zeigt sich insbesondere auch in der Corona-Zeit – hier wurden z. B. Kontrollen und Belehrungen durchgeführt.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** schlägt vor, in der Sicherheitskonzeption zu ergänzen, dass die Videoüberwachung nur auf Beschluss durch die Stadtvertretung erfolgen sollte.

Ratsherr **Albrecht** schlägt vor, 1-2 Mitarbeiter\*innen des Ordnungsamtes in den Stadtteilen als Kontaktbereichsbeamte o. ä. einzusetzen und ggf. einen Präventionspreis auszuloben. Den Vorschlag, 2 Mitarbeiter\*innen als „Interventionsteam“ bzw. als Kontaktbereichsbeamte einzusetzen, greift Herr **Modemann** gern auf.

|                                             |                   |
|---------------------------------------------|-------------------|
| <b>Abstimmung über die Vorlage VII/273:</b> | 5 Dafürstimmen    |
|                                             | 2 Stimmenthaltung |

## **7. Schließung der Sitzung**

Ratsherr **Schwanke**, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit, schließt um 19:50 Uhr die Sitzung.

gez. Hans-Jürgen Schwanke  
 Vorsitzender des Ausschusses für  
 Umwelt, Ordnung und Sicherheit

gez. Sylvana Rähler  
 Protokollantin